

Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Hamberge

Nach Artikel 25 Abs. 3 Ziffer 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland i. V. m. § 42 der Friedhofssatzung hat der Kirchengemeinderat der Ev.-Luth. Hamberge in der Sitzung am 10.01.2023 die nachstehende Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofs der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Hamberge und seiner Anlagen und Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen des Friedhofsträgers werden Gebühren nach dieser Gebührensatzung erhoben.

§ 2 Gebührensschuld

Zur Zahlung der Gebühren ist die antragstellende Person und die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder seine Anlagen und Einrichtungen benutzt werden. Sind mehrere Personen zahlungspflichtig, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldner.

§ 3 Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch schriftlichen Verwaltungsakt (Gebührenbescheid). Dieser wird der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner schriftlich bekannt gegeben.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der jeweiligen Leistung. Werden erbrachte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.
- (3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann der Friedhofsträger Bestattungen und Leistungen verweigern.
- (4) Gebührenbescheide, die formularmäßig oder mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, sind ohne Unterschrift oder Namenswiedergabe gültig. § 119 Abs. 3 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), die zuletzt durch Gesetz vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S.1066) m. W. v. 18.Juli 2019 geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

(5) Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung, das heißt, die Verpflichtung zur Zahlung innerhalb der Fälligkeit nach Absatz 2 wird durch die Einlegung nicht aufgehoben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens- und Zustellungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 28. Oktober 2009 (ABl, EKD S. 334, 2010 S. 296) und der staatlichen Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17), die zuletzt durch Gesetz vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846, 854) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Gebühren werden als öffentlich-rechtliche Geldforderungen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 4

Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von ein Prozent des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch die Gebührenschuldnerin bzw. den Gebührenschuldner zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat die Vollstreckungsschuldnerin bzw. der Vollstreckungsschuldner zu tragen.

§ 5

Verjährung der Gebühren

Für die Festsetzungsverjährung der Gebühren gelten die §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung und für die Zahlungsverjährung der Gebühren die §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung entsprechend.

§ 6

Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten je Grabbreite (Grabnutzungsgebühren einschließlich Friedhofsunterhaltungsgebühren)

- | | |
|--|------------|
| 1. Wahlgrab für 25 Jahre für eine Sargbestattung und zusätzl. bis zu zwei Urnen
(€ 67,75 pro Jahr und Grabbreite) | € 1.694,00 |
| 2. Rasenwahlgrab für 25 Jahre
(€ 83,12 pro Jahr und Grabbreite) | € 2.078,00 |
| 3. Urnenwahlgrab für 20 Jahre
(€ 67,75 pro Jahr und Grabbreite) | € 1.355,00 |

4. Grab in Urnengemeinschaftsanlage für 20 Jahre (anonym)	€ 1.818,00
5. Baumgrabstätte für 20 Jahre	€ 1.765,00
6. Zusätzliche Beisetzung einer Urne	€ 740,00
7. Zusätzliche Beisetzung eines Sarges	€ 926,00

8. Wiedererwerb und Verlängerung von Nutzungsrechten:
Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung wird der Jahresbeitrag der Gebühren unter 1. bis 3. berechnet.
Bei Verlängerung von Grabstätten bleiben Teile eines Jahres bis zu 6 Monaten ohne Berechnung. Für Teile eines Jahres von mehr als 6 Monaten wird die volles Jahresgebühr erhoben.
Die Gebühr für Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechts wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für Bestattungen

für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, das Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde werden erhoben:

1. Ausheben einer Gruft für Sarg bis 1,20 m	€ 887,00
2. Ausheben einer Gruft für Sarg über 1,20 m	€ 887,00
3. Beisetzung einer Urne	€ 443,00

III. Gebühren für Ausgrabungen

4. Ausgrabung einer Leiche	€ 5.322,00
5. Ausgrabung einer Urne	€ 886,00

IV. Sicherheit auf dem Friedhof

Prüfung der Standsicherheit eines stehenden Grabmals pro Jahr	€ 4,08
---	--------

V. Verwaltungsgebühren

1. Genehmigung zur Errichtung eines stehenden Grabmals	€ 45,00
2. Genehmigung zur Errichtung eines liegenden Grabmals	€ 45,00
3. Ausstellung einer Graburkunde und Überlassung der Friedhofssatzung	€ 25,00
4. Umschreibung einer Graburkunde	€ 25,00
5. Entsorgung Grabschmuck, wenn Beisetzung nicht auf dem Friedhof in Hamberge stattfindet	€ 50,00
6. Auflösung einer Grabstätte und Entsorgung Grabmal	€ 326,00

Soweit Leistungen der Umsatzsteuer unterliegen, tritt zu den im Gebührentarif festgesetzten Gebühren die Umsatzsteuer in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe hinzu

§ 7 Zusätzliche Leistungen

Für besondere zusätzliche Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Friedhofsträger die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.³.

§ 8 Schlussbestimmungen

Diese Friedhofsgebührensatzung tritt am Tage nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die vom Kirchengemeinderat Hamberge am 27.09.2011 beschlossene Friedhofsgebührensatzung außer Kraft.

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird hiermit ausgefertigt. Sie wurde durch den Bescheid des Kirchenkreisrats des Kirchenkreises Plön-Segeberg vom

_____ kirchenaufsichtlich genehmigt.

Hamberge, den 10.01.2023

Ev.-Luth. Kirchengemeinde Hamberge
– Der Kirchengemeinderat –

_____	(Kirchensiegel)	_____
Vorsitzendes Mitglied		Mitglied

Bekanntmachungshinweis:

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wurde veröffentlicht auf der Internetseite der Kirchengemeinde Hamberge www.kirche-hamberge.de von der Kanzel abgekündigt nach vorherigem Hinweis in

den Lübecker Nachrichten (Veröffentlichungsorgan) am _____.

_____	(Kirchensiegel)	_____
(Vorsitzendes Mitglied)		(Mitglied)